

Allgemeine Lieferbedingungen der ECOMAL Europe GmbH

I. Allgemeines, Geltungsbereich

1. Nachstehende Allgemeine Lieferbedingungen der ECOMAL Europe GmbH (nachfolgend auch „**Lieferer**“) gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen Geschäftsbeziehungen mit einem Unternehmer (§ 14 BGB), einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen (nachfolgend: „**Besteller**“).
2. Abweichende oder ergänzende Geschäftsbedingungen des Bestellers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als der Lieferer ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt hat.

II. Angebote und Vertragsschluss, Wareneigenschaften

1. Soweit nicht ausdrücklich anderweitig angegeben, sind die Preisangaben des Lieferers für 30 Tage gültig; im Übrigen ist das Angebot des Lieferers freibleibend und unverbindlich. Für den Umfang der Lieferpflicht ist die schriftliche Auftragsbestätigung des Lieferers maßgebend (inkl. E-Mail, Fax). Erst mit ihrer Absendung oder mit Absendung der Ware gilt der Auftrag als angenommen.
2. Der Besteller darf seine Vertragsrechte ohne die ausdrückliche Zustimmung des Lieferers nicht auf Dritte übertragen.
3. Musterstücke gelten als unverbindliche Anschauungsstücke. Soweit nicht abweichend zwischen den Parteien schriftlich (inkl. E-Mail, Fax) vereinbart, werden sämtliche Lieferungen auf Basis des bei Vertragsschluss gültigen produktspezifischen technischen Datenblattes durchgeführt. Dies gilt auch im Fall von Produkthanpassungen nach Vorgabe des Bestellers unter Berücksichtigung ggf. abweichender und/oder ergänzender Angaben im Datenblatt.
4. Im Fall von Produkthanpassungen nach Maßgabe des Bestellers bleiben etwaige vom Besteller bereitgestellten Zeichnungen und Unterlagen im Eigentum des Bestellers. Die vom Besteller bereitgestellten Zeichnungen und Unterlagen dürfen jedoch solchen Dritten (insb. Herstellern) zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen oder Leistungen übertragen hat. Ferner ist der Lieferer zur Speicherung von elektronisch zur Verfügung gestellter Daten zum Zwecke üblicher Datensicherung berechtigt.

III. Preise und Zahlungsbedingungen

1. Soweit nichts anderes vereinbart ist, gelten die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses jeweils aktuellen Netto-Preise des Lieferers. Die Preise verstehen sich in der auf der Auftragsbestätigung bzw. Rechnung jeweils angegebenen Währung, und zwar "EXW/europäisches Zentrallager ECOMAL Kirchzarten" INCOTERMS® 2020 zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer, etwaiger Versicherungs-, Transport- und Verpackungskosten sowie etwaiger sonstiger Steuern und Abgaben.
2. Rechnungen sind innerhalb von 30 Kalendertagen nach Lieferung und Rechnungsstellung, ohne jeden Abzug und in der auf der Rechnung angegebenen Währung zu bezahlen. Maßgeblich ist der Tag des Zahlungseingangs. Etwaige gewährte Nachlässe stehen dem Besteller nur unter dem Vorbehalt der fristgerechten Bezahlung zu.
3. Der Lieferer ist jedoch jederzeit berechtigt, seine Leistungen ohne Angabe von Gründen von Zug-um-Zug-Zahlungen abhängig zu machen.
4. Mit Ablauf der Zahlungsfrist kommt der Besteller ohne weiteres, insbesondere ohne Mahnung, in Verzug. Der Kaufpreis ist während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Dem Lieferer steht auch die Verzugs pauschale gemäß § 288 Abs. 5 Satz 1 BGB zu. Der Lieferer behält sich die Geltendmachung weitergehender Verzugsschäden vor.
5. Der Besteller ist zur Aufrechnung und zur Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts nur berechtigt, soweit die Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder mit dem Anspruch des Lieferers im Gegenseitigkeitsverhältnis stehen.

IV. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich an sämtlichen Lieferungen (Vorbehaltsware) das Eigentum bis zur Erfüllung aller gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung vor (Kontokorrentvorbehalt). Der Eigentumsvorbehalt erfasst auch Ersatz- oder Austauschteile, soweit sie nicht durch Einbau wesentliche Bestandteile werden.
2. Der Besteller ist verpflichtet, die unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Waren auf eigene Kosten sorgfältig zu verwahren, instand zu halten und zu reparieren und gegen Feuer, Wasserschäden, Einbruch und Diebstahl zu versichern.
3. Während des Eigentumsvorbehalts ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt. Der Besteller ist berechtigt, die Vorbehaltsware im gewöhnlichen Geschäftsgang zu veräußern, solange er nicht im Zahlungsverzug ist. Veräußert der Besteller Vorbehaltsware, tritt er bereits jetzt dem Lieferer seine künftigen Forderungen aus der Weiterveräußerung oder einem sonstigen Rechtsgrund (insbesondere Eigentumsübergang auf den Endkunden, Versicherungsfall, unerlaubte Handlung) in vollem Umfang – bei Miteigentum an der Vorbehaltsware anteilig entsprechend dem Miteigentumsanteil – ab, ohne dass es einer besonderen Erklärungen bedarf. Die Abtretung wird vom Lieferer angenommen. Bei Weiterveräußerung mit anderen Gegenständen ohne Einzelpreisvereinbarung der einzelnen Gegenstände gegenüber dem Kunden tritt der Besteller dem Lieferer mit Vorrang vor der übrigen nicht abgetretenen Forderung denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.

4. Bis auf Widerruf ist der Besteller zur Einziehung der an den Lieferer abgetretenen Forderungen für dessen Rechnung im eigenen Namen befugt. Sofern sich der Besteller vertragswidrig verhält – insbesondere sofern er mit der Zahlung einer Entgeltforderung in Verzug gekommen ist –, kann der Lieferer von ihm verlangen, die Abtretung offenzulegen und dem Lieferer die für die Einziehung der Forderung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen zu geben.
5. Dem Besteller ist es gestattet, die Vorbehaltsware zu verarbeiten, umzubilden oder mit anderen Gegenständen zu verbinden; dieses erfolgt für den Lieferer. In diesem Fall erwirbt der Lieferer Miteigentum an der neuen Sache in Höhe des Anteils, der sich aus dem Verhältnis des Wertes der verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Vorbehaltsware (Fakturenwert) zum Wert der übrigen verarbeiteten Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung ergibt. Sofern der Besteller Alleineigentum an der neuen Sache erwirbt, räumt der Besteller dem Lieferer Miteigentum an der durch Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung entstandenen neuen Sache im Verhältnis des Wertes der verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Vorbehaltsware (Fakturenwert) zu der übrigen verarbeiteten, umgebildeten oder verbundenen Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Umbildung oder Verbindung ein.
6. Der Besteller verwahrt die neue Sache hinsichtlich des Miteigentumsanteils des Lieferers kostenfrei für den Lieferer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes. Die verarbeitete, umgebildete oder verbundene Sache gilt als Vorbehaltsware.
7. Für den Fall der Veräußerung der neuen Sache gilt die gemäß Ziff. 3 dieses Art. IV vereinbarte Vorausabtretung nur in Höhe des Fakturenwerts der Vorbehaltsware. Der dem Lieferer abgetretene Forderungsanteil ist vorrangig vor Forderungen des Bestellers zu befriedigen. Hinsichtlich der Einziehungsermächtigung sowie den Voraussetzungen ihres Widerrufs gilt Ziff. 4 dieses Art. IV entsprechend.
8. Ziff. 7 dieses Art. IV gilt im Falle der Verbindung der Vorbehaltsware mit einem Grundstück oder beweglichen Sachen hinsichtlich des Anspruchs auf Vergütung für die Verbindung entsprechend.
9. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen. Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach Setzung einer angemessenen Frist berechtigt, die Vorbehaltsware auf Kosten des Bestellers heraus zu verlangen. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet. In der Rücknahme liegt nur dann ein Rücktritt vom Vertrag, wenn dies vom Lieferer ausdrücklich erklärt wird. Nach vorheriger Androhung kann der Lieferer zurückgenommene Vorbehaltsware verwerten und sich unter Anrechnung auf die offenen Ansprüche aus deren Erlös befriedigen.

V. Lieferbedingungen und Verzug, Dokumentation von Transportschäden

1. Die Lieferung erfolgt, EXW europäisches Zentrallager ECOMAL Kirchzarten, Deutschland (INCOTERMS® 2020) ausschließlich Verpackung. Auf Verlangen und Kosten des Bestellers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf) und versichert. Sofern eine andere Lieferbedingung vereinbart wird, basiert auch diese stets auf den INCOTERMS® 2020.
2. Soweit nicht schriftlich ausdrücklich als verbindlich bezeichnet, sind Angaben von Lieferzeiten unverbindlich. Sofern auf Verlangen und Kosten des Bestellers Versendung vereinbart wurde (Versendungskauf), beziehen sich Lieferfristen und Liefertermine auf den Zeitpunkt der Übergabe an den Spediteur, Frachtführer oder sonst mit dem Transport beauftragten Dritten.
3. Bei Lieferungen, die nach Vertragsabschluss auf Wunsch des Bestellers später als zu den vereinbarten Lieferterminen vorgenommen werden sollen, hat die Zahlung so zu erfolgen, als ob die Lieferung fristgerecht durchgeführt worden wäre.
4. Teillieferungen sind zulässig, wenn die Teillieferung für den Besteller im Rahmen des vertraglichen Bestimmungszwecks verwendbar ist, die Lieferung der restlichen bestellten Ware sichergestellt ist und dem Besteller hierdurch weder erheblicher Mehraufwand noch zusätzliche Kosten entstehen. Ist der Besteller zur Abnahme verpflichtet, so muss diese unverzüglich zum vereinbarten Abnahmetermin, hilfsweise innerhalb einer Woche nach Anzeige der Abnahmebereitschaft durch den Lieferer erfolgen. Der Besteller darf die Abnahme bei Vorliegen eines nicht wesentlichen Mangels nicht verweigern.
5. Im Fall von äußerlich erkennbaren Beschädigungen an der Ware bzw. Verpackung (insb. Transportschäden) ist der Besteller verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die Beschädigung dokumentiert wird (insb. durch Fotos der beschädigten Außenverpackung bzw. Ware) und dass die Beschädigungen auf der Annahmeerklärung des Frachtdienstleisters vermerkt werden. § 377 HGB bleibt unberührt.
6. Die Einhaltung vereinbarter Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie Einhaltung vereinbarter Zahlungsbedingungen und sonstiger Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Anderenfalls wird die Frist angemessen verlängert, es sei denn, der Lieferer hat die Verzögerung zu vertreten.
7. Falls sich die Ablieferung aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, verzögert, gilt die Frist bei Meldung der Versandbereitschaft innerhalb der vereinbarten Frist als eingehalten.
8. Kommt der Besteller in Annahmeverzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, ist der Lieferer berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen. Hierfür berechnet der Lieferer eine pauschale Entschädigung i.H. von 0,5 % des Rechnungsbetrags pro Kalenderwoche bis maximal insgesamt 5 % des Rechnungsbetrags, beginnend mit der Lieferfrist bzw. – mangels einer Lieferfrist – mit der Mitteilung der Versandbereitschaft der Ware. Beiden Parteien bleibt der Nachweis eines höheren oder niedrigeren Schadens vorbehalten.

9. Der Lieferer haftet nicht für Unmöglichkeit der Lieferung oder für Lieferverzögerungen, soweit diese durch höhere Gewalt (z.B. Naturkatastrophen, Krieg, Unruhen, Epidemien, Pandemien) oder sonstige, zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht vorhersehbare Ereignisse (z.B. Betriebsstörungen aller Art (einschl. Nichtverfügbarkeit des IT-Systems z.B. durch Hacker-Angriffe, Viren), Transportverzögerungen, Streiks, rechtmäßige Aussperrungen, Mangel an Arbeitskräften, Energie oder Rohstoffen, Schwierigkeiten bei der Beschaffung von notwendigen behördlichen Genehmigungen (einschl. Lizenzen), behördliche Maßnahmen oder die ausbleibende, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Belieferung durch Vorlieferanten) verursacht worden sind, die der Lieferer nicht zu vertreten hat. Sofern solche Ereignisse dem Lieferer die Lieferung oder Leistung wesentlich erschweren oder unmöglich machen und sich nicht absehen lässt, dass der Lieferer seine Leistung innerhalb angemessener Frist – spätestens innerhalb von 2 Monaten – erbringen kann, ist der Lieferer zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Bei Hindernissen vorübergehender Dauer verlängern sich die Liefer- oder Leistungsfristen oder verschieben sich die Liefer- oder Leistungstermine um den Zeitraum der Behinderung zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit.
10. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers verzögert, kann dem Besteller, beginnend einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft, Lagergeld in Höhe von 0,5% des Rechnungsbetrages pro vollständiger Woche berechnet werden, maximal jedoch 5% des Rechnungsbetrags, soweit nicht der Besteller geringere oder der Lieferer höhere Kosten nachweist.

VI. Gewährleistung

1. Erweisen sich die Lieferungen oder Leistungen als mangelhaft, ist der Lieferer nach seiner Wahl zur Beseitigung des Mangels oder zur Lieferung einer mangelfreien Sache oder zur Erbringung einer mangelfreien Leistung berechtigt (Nacherfüllung). Die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Arbeits- und Materialkosten, trägt der Lieferer; dies gilt nicht, soweit die Kosten sich erhöhen, weil der Liefergegenstand sich an einem anderen Ort als dem Ort des bestimmungsgemäßen Gebrauchs befindet.
2. Das Recht des Lieferers, eine der beiden oder beide Arten der Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt. Zur Nacherfüllung hat der Besteller dem Lieferer die nach billigem Ermessen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren.
3. Der Lieferer ist berechtigt, die geschuldete Nacherfüllung davon abhängig zu machen, dass der Besteller den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Besteller ist jedoch berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises zurückzubehalten.
4. Bei unberechtigten Mängelrügen ist der Lieferer berechtigt, ihm entstandene Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.
5. Auf Verlangen des Lieferers hat der Besteller den beanstandeten Liefergegenstand – soweit möglich einschließlich der Originalverpackung – frachtfrei an den Verkäufer zurückzusenden und / oder kostenfrei für eine eventuelle Beschau durch einen Gutachter aufzubewahren. Bei berechtigter Mängelrüge erstattet der Lieferer die Kosten des günstigsten Versandweges bzw. die marktüblichen Lagerkosten; dies gilt nicht, soweit sich die Lager- und oder Lieferkosten erhöhen, weil der Liefergegenstand sich an einem anderen Ort als dem Ort des bestimmungsgemäßen Gebrauchs befindet.
6. Beruht der Mangel auf einem fehlerhaften Fremderzeugnis, ist der Lieferer berechtigt, seine Gewährleistungsansprüche gegen seinen Vorlieferanten an den Besteller abzutreten. In diesem Fall kann der Lieferer erst dann auf Gewährleistung in Anspruch genommen werden, wenn die gerichtliche Durchsetzung der vorstehend genannten Ansprüche gegen den Lieferanten oder Hersteller des fehlerhaften Fremderzeugnisses erfolglos war oder, beispielsweise aufgrund einer Insolvenz, aussichtslos ist.
7. Der Besteller ist verpflichtet, den Lieferer über die gerichtliche Geltendmachung der abgetretenen Ansprüche unverzüglich zu informieren und bei sämtlichen Vereinbarungen in Bezug auf die abgetretenen Forderungen die Zustimmung des Lieferers einzuholen.
8. Die Gewährleistung entfällt, wenn der Besteller ohne die Zustimmung des Lieferers den Liefergegenstand ändert oder durch Dritte ändern lässt und die Mängelbeseitigung hierdurch unmöglich oder unzumutbar erschwert wird. In jedem Fall hat der Besteller die durch die Änderung entstehenden Mehrkosten der Mängelbeseitigung zu tragen.

VII. Haftung für Mängel, Verjährung

1. Für eine von dem Lieferer zu vertretende Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d.h. Vertragspflichten, deren Erfüllung dem Vertrag das Gepräge gibt und seine ordnungsgemäße Durchführung überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf, haftet der Lieferer nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Für alle übrigen Pflichtverletzungen haftet der Lieferer nur, wenn ein Schaden durch einen gesetzlichen Vertreter des Lieferers, einen Angestellten oder durch einen sonstigen Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden ist.
2. Soweit dem Lieferer kein vorsätzliches Verhalten zur Last fällt, haftet der Lieferer nur für den typischerweise eintretenden vorhersehbaren Schaden.
3. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt; dies gilt auch für die Haftung wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Bei Übernahme einer Garantie haftet der Lieferer nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.
4. Soweit vorstehend nichts Abweichendes geregelt ist, sind Schadensersatzansprüche gegen den Lieferer aus Pflichtverletzungen ausgeschlossen.
5. Soweit die Haftung des Lieferers ausgeschlossen und beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung seiner gesetzlichen Vertreter, Angestellten und sonstigen Erfüllungsgehilfen.

6. Schadensersatzansprüche nach den vorstehenden Ziff. 1 bis 3 dieses Art. VII verjähren innerhalb der gesetzlichen Fristen. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche nach § 438 Abs. 1 BGB beträgt – außer bei Arglist und vorbehaltlich Ziff. 7 – 12 Monate und beginnt ab Lieferung oder, soweit eine Abnahme erforderlich ist, ab Abnahme.
7. Ein Schadensersatzanspruch wegen Verletzung der Pflicht zur Nacherfüllung gem. § 437 Nr. 1, § 439 BGB besteht nur, sofern während der 12-monatigen Verjährungsfrist gem. Ziff. 6 sowohl (i) der Besteller die Nacherfüllung verlangt, als auch (ii) der Lieferer seine Nacherfüllungspflicht verletzt hat.
8. Schadensersatzansprüche bestehen nur nach Maßgabe dieses Art. VII. Weitere Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer wegen eines Mangels sind ausgeschlossen. Unberührt bleiben die gesetzlichen Sondervorschriften bei Endlieferung der Ware an einen Verbraucher.

VIII. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte

1. Soweit der Besteller Vorgaben für Lieferungen und Leistungen macht, ist der Besteller dafür verantwortlich zu prüfen, ob die Waren, soweit der Lieferer sie in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Bestellers liefert, Rechte Dritter verletzen.
2. Im Übrigen gilt: Sofern ein Dritter gegen den Besteller berechnigte Ansprüche wegen der Verletzung von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten Dritter (nachfolgend: „Schutzrechte“) durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der Gewährleistungsfrist (Art. VII Ziff. 6) wie folgt:
 - a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl und auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, oder sie derart ändern oder austauschen, dass keine Rechte Dritter mehr verletzt werden, der Liefergegenstand aber weiterhin die vertraglich vereinbarten Funktionen erfüllt. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
 - b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz unterliegt den Regelungen nach Art. VII.
 - c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller dem Dritten gegenüber eine Verletzung nicht ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Lieferers anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben, oder im Falle rechtskräftiger Urteile.
3. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.
4. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung
 - a) durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare oder nicht vereinbarte Anwendung oder
 - b) dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird, soweit nicht der Lieferer dem vorher zugestimmt hat.
5. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Ziff. 2 a) dieses Art. VIII geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VI Ziff. 3 bis 6 entsprechend.
6. Der Besteller wird den Lieferer unverzüglich schriftlich (inkl. E-Mail, Fax) benachrichtigen, falls ihm gegenüber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten Dritter geltend gemacht werden. § 377 HGB bleibt unberührt.

IX. Exportkontrolle

1. Der Lieferer verkauft seine Produkte nicht in Länder, für die die EU oder die USA ein Embargo erlassen haben. Stellt sich nach Vertragsschluss heraus, dass der Besteller in einem solchen Embargoland wohnt bzw. seinen Sitz hat oder eine Weiterlieferung in ein solches Land beabsichtigt, ist der Lieferer zum sofortigen Rücktritt vom Kaufvertrag berechnigt.
2. Als Teil einer amerikanischen Unternehmensgruppe wird der Lieferer ebenfalls prüfen, ob und wieweit eine Transaktion nach US-Sanktionsrecht (soweit für den Lieferer anwendbar) zulässig oder genehmigungsfähig ist.
3. Der Besteller nimmt zur Kenntnis, dass die Produkte des Lieferers teilweise in den USA hergestellt werden und dadurch insbesondere den Exportrestriktionen der USA unterliegen können. Im Falle eines Wiederverkaufs wird der Besteller sicherstellen, dass neben europäischen auch diese Beschränkungen eingehalten werden, und diese Pflicht auch seinem Käufer auferlegen.

X. Geheimhaltung

1. Der Besteller ist verpflichtet, sämtliche in Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages bekannt gewordenen Informationen vertraulich zu behandeln, weder für eigene oder fremde Zwecke außerhalb dieses Vertrages zu verwerten noch Dritten zugänglich zu machen. Dies gilt während der Dauer dieses Vertragsverhältnisses und nach dessen Beendigung. Der Besteller wird diese Geheimhaltungspflicht samt Verwendungsverbot auch seinen Mitarbeitern und anderen Beauftragten auferlegen. Weitergehende Geheimhaltungspflichten einer etwa zwischen den Parteien abgeschlossenen Geheimhaltungsvereinbarung oder eines Entwicklungsvertrags bleiben unberührt.
2. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung und zur Nichtverwertung der mitgeteilten Informationen entfällt, wenn und soweit die Informationen (i) dem Besteller bereits vor der Mitteilung durch den Lieferer bekannt waren, (ii) bei Vertragsschluss offenkundig sind oder später werden, (iii) dem Besteller von einem berechtigten Dritten zugänglich gemacht werden oder (iv) gegenüber einer zuständigen Behörde, gegenüber einem zuständigen Gericht oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtung bekannt gemacht werden müssen, vorausgesetzt, dass der Besteller – soweit rechtlich zulässig – dem Lieferer zunächst eine unverzügliche Mitteilung macht, um dem Lieferer zu gestatten, dieser Verpflichtung vor der Offenlegung zu widersprechen. § 5 GeschGehG bleibt unberührt.

XI. Datenschutz

Der Lieferer verpflichtet sich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Weitere Informationen können unter <https://www.ecomal.com/datenschutz/> abgerufen werden.

XII. Teilnichtigkeit

Ist oder wird irgendeine Bestimmung in dem Vertrag oder irgendeine Bestimmung, die dem Vertrag später hinzugefügt wird, ganz oder teilweise unwirksam oder ungültig oder enthält der Vertrag irgendeine Lücke, hat dies keinerlei Auswirkungen auf die Gültigkeit der anderen Bestimmungen und die Parteien finden sich zusammen, um eine gültige Ersatzbestimmung zu vereinbaren, welcher der ursprünglichen Bestimmung in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit möglichst nahekommt.

XIII. Gerichtsstand und anwendbares Recht

1. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder ohne einen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis mittelbar oder unmittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Hauptsitz des Lieferers in Kirchzarten. Der Lieferer kann das sachlich zuständige Gericht am Hauptsitz des Bestellers anrufen.
2. Für diese Allgemeinen Lieferbedingungen und die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Lieferer und dem Besteller gilt deutsches Recht; die Anwendung des IPR und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) ist ausgeschlossen.

Stand: Mai 2021

General Terms and Conditions of Sale and Delivery of ECOMAL Europe GmbH

I. General, scope

1. These General Terms and Conditions of Sale and Delivery of ECOMAL Europe GmbH (hereinafter also "**Supplier**") apply to all present and future business relationships with entrepreneurs (§ 14 German Civil Code (BGB)), legal entities of public law or special bodies or funds under public law (hereinafter referred to as "**Purchaser**").
2. Deviating or supplementary terms and conditions of the Purchaser shall only become part of the contract if and insofar as the Supplier has expressly agreed to their applicability.

II. Offers and conclusion of the contract, product specifications

1. Unless otherwise expressly stated, the prices indicated by the Supplier shall be valid for 30 days; apart from that, the Supplier's offers are non-binding. For the scope of the Supplier's obligation under the contract, the written order confirmation of the Supplier shall be decisive (incl. e-mail, fax). The order shall be deemed accepted upon the order confirmation or upon dispatch of the goods.
2. The Purchaser may not transfer his contractual rights to third parties without the prior express consent of the Supplier.
3. Product samples are considered as non-binding illustrative pieces and for demonstration purposes only. Unless otherwise agreed between the parties in writing (incl. e-mail, fax), all deliveries shall be made based on the technical data sheet of the respective product valid at the time of the conclusion of the contract. The same shall apply in the event of product modifications according to the Purchaser's specifications, considering deviating and/or supplementary information in the data sheet.
4. In the event of product modifications according to the Purchaser's specifications, any drawing and documents provided by the Purchaser shall remain the property of the Purchaser. However, the Supplier shall be entitled to make the drawings and documents provided by the Purchaser available to third parties (in particular manufacturers) to whom the Supplier has permissibly transferred supplies or services. Furthermore, the Supplier may store any data electronically provided by Purchaser within the scope of his standard data backup system.

III. Prices and Payment Terms

1. Unless otherwise agreed, the Supplier's prices valid at the time of conclusion of the contract shall apply. The prices are made in the currency as stated in the order confirmation or invoice and are "EXW/European central warehouse ECOMAL Kirchzarten" INCOTERMS® 2020 plus VAT, any insurance, transport and packaging costs and any other taxes or duties.
2. Invoices are payable in the currency as indicated in the invoice within 30 calendar days after delivery and invoicing without any deductions. The date of receipt of payment shall be decisive. Any discounts granted to the Purchaser shall only apply subject to the timely payment of the Purchaser.
3. The Supplier shall be entitled at any time to make its deliveries/services dependent on concurrent payment by Purchaser ("*Zug-um-Zug-Zahlung*") without stating reasons.
4. If the Purchaser fails to meet the payment deadline, the Purchaser shall be in default without the need for a reminder from the Supplier. During the time of default, interest shall be charged on the purchase price at the statutory default rate if interest applicable at the time. The Supplier shall further be entitled to payment of a lump sum by Purchaser in accordance with to Sec. 288 para 5 sentence 1 German Civil Code (BGB). The Supplier reserves the right to claim further damages caused by default.
5. The Purchaser shall only be entitled to set-off and to assert a right of retention if the counterclaims are undisputed or have become final and absolute, or if they are subject to reciprocity with the Supplier's claims.

IV. Retention of Title

1. The Supplier reserves title to all deliveries ("*Reserved Goods*") until full fulfilment of all current and future claims from the entire business relationship with the Purchaser (current account reservation). The retention of title shall also apply to replacement or exchange parts, unless those parts become essential parts of another good.
2. The Purchaser shall carefully store the Reserved Goods at his own expense, maintain and repair them and insure them against fire, water damage, burglary and theft.
3. During the period of retention of title, the Purchaser is not entitled to pledge the Reserved Goods or assign them as security. However, the Purchaser shall be entitled to sell the Reserved Goods in the ordinary course of business as long as the Purchaser is not in default of payment. The Purchaser hereby already assigns the accounts receivable that arise out of the re-sale or for any other legal reason (in particular but without limitation any transfer of title to the end customer, any insurance case or any tortious act) concerning the Reserved Goods to Supplier in full as security – in the case of co-ownership of the Reserved Goods pro rata according to the co-ownership share, without the need for any special declaration. The Supplier accepts said assignment. In the event of resale of the Reserved Goods together with other items, without having agreed on an individual price for the different items with the Purchaser's customer, the Purchaser shall assign the Supplier such part of the total price agreed with the customer, which corresponds to the price of the Reserved Goods.
4. The Supplier revocably authorizes the Purchaser to collect the claims assigned to the Supplier for its account in its own name. If the Purchaser acts in breach of the contract – in particular if he is in default of payment – the Supplier may request the Purchaser to disclose the assignment and to provide the Supplier with the information and documents necessary for the collection of the claim.

5. The Purchaser may process, rework or combine the Reserved Goods with other items; such processing, reworking or combining shall be carried out on behalf of the Supplier. In this case, the Supplier shall acquire a co-ownership share of the new item in the ratio of the value of the Reserved Goods (invoice value) to the value of the new item. Should the Purchaser acquire sole ownership of the new item, the Purchaser shall transfer to the Supplier co-ownership in the ratio of the value of the Reserved Goods (invoice value) to the value of the new item generated from processing, reworking or combination.
6. The Purchaser shall store the new item free of charge for the Supplier with the due care of a businessman with regard to the Supplier's co-ownership share. The processed, reworked or combined goods shall be deemed as Reserved Goods.
7. If the Reserved Goods are resold as a component of a new item, the advance assignment agreed pursuant to Sec. 3 of this Article IV shall apply only to the amount of the invoice value of the Reserved Goods. The share of the claim assigned to the Supplier shall be settled with priority over claims of the Purchaser. With regard to the authorization of the Purchaser to collect assigned claims and the conditions for the revocation thereof, Sec. 4 of this Article IV shall apply accordingly.
8. In case that the Reserved Goods are combined with real property or movable property, Section 7 of this Article IV shall apply accordingly with regard to the payment claim.
9. In the event of seizure, confiscation or other dispositions by third parties with regard to the Reserved Goods, the Purchaser shall notify the Supplier without undue delay. In case of breach of the contract by Purchaser, in particular if the Purchaser is in default of payment, the Supplier is entitled, after setting a reasonable deadline, to demand the return of the Reserved Goods at the expense of the Purchaser. The Purchaser is obliged to return the Reserved Goods. The Supplier's request to return the Reserved Goods shall only be considered as withdrawal from the contract if the Supplier has declared the withdrawal. Subject to a prior notification, the Supplier shall be entitled to use the Reserved Goods (e.g. to sell them) and to offset the proceeds thereof against the outstanding payments.

V. Terms of Delivery and Delay, Documentation of Transport Damage

1. Delivery shall be made EXW European central warehouse ECOMAL Kirchzarten, Germany (INCOTERMS® 2020) excluding packaging. Upon request and at the expense of the Purchaser, the goods will be sent to another destination (delivery purchase) and insured. If another delivery condition is agreed, such delivery shall be based on INCOTERMS® 2020 as well.
2. Unless expressly stated in writing as binding, delivery dates indicated by Supplier are not binding. If shipment has been agreed upon request and expense of the Purchaser (delivery purchase), delivery periods and delivery dates shall refer to the time of transfer to the carrier, forwarder or other third party commissioned with the transport.
3. If, after conclusion of the contract, the Purchaser requests a later delivery date than originally agreed upon by the parties, payment shall be made as if the delivery was carried out on time on the original delivery date.
4. Partial deliveries are permissible if the partial delivery can be used by the Purchaser within the scope of the contractual purpose, the delivery of the remaining ordered goods is ensured, and the Purchaser incurs no significant additional expenses or additional costs. If the Purchaser is obliged to accept the goods or services, this must be done immediately on the agreed acceptance date, or alternatively within one week after notification of readiness for acceptance by the Supplier. The Purchaser may not refuse acceptance in case of a non-material defect.
5. In the event of externally visible damage to the goods or packaging (especially transportation damage), the Purchaser shall ensure that the damage is documented (in particular by taking pictures of the damaged packaging or good) and that the damage is noted on the receipt of the freight service provider. Sec. 377 German Commercial Code (HGB) remains unaffected.
6. Compliance by Supplier with any agreed delivery dates shall be subject to the timely receipt of all documents to be provided by the Purchaser, including but not limited to approvals and permits required (e.g. approvals of technical drawings and plans), as well as Purchaser's compliance with the agreed payment terms and other obligations of the Purchaser under the contract. Otherwise, the deadline shall be extended; accordingly, this, however, shall not apply if the Supplier is responsible for the delay.
7. In case of delay in delivery for reasons for which the Purchaser is responsible, the delivery date shall be considered as met if the Supplier has notified the Purchaser within the agreed deadline that the goods to be delivered are ready for dispatch.
8. If the Purchaser is in default of acceptance or if the Purchaser negligently or intentionally breaches other obligations that result in a delay of the delivery, the Supplier shall be entitled to claim liquidated damages in the amount of 0.5% of the invoiced amount per calendar week, but no more than 5% of the invoiced amount, beginning at delivery date or – in the absence of a delivery date – after the Supplier has notified the Purchaser that the goods are ready for dispatch. Both parties shall reserve the right to prove higher or lower damages.
9. The Supplier is not liable for impossibility of delivery or delays in delivery, as far as they are due to force majeure (e.g. natural disasters, war, riots, epidemics, pandemics) or other unforeseeable events at the time of conclusion of the contract (e.g. breakdowns of all kinds (incl. unavailability of the IT system e.g. due to hacker attacks, viruses), delays in transport, strikes, legitimate lockouts, lack of manpower, energy or raw materials, difficulties in obtaining necessary regulatory approvals (incl. licenses), regulatory action or the lack of incorrect or untimely supply from upstream suppliers) which the Supplier is not responsible for. If such events make the delivery or service significantly more difficult or impossible for the Supplier and cannot be foreseen that the Supplier can

provide its services within a reasonable period – at the latest within 2 months – the Supplier is entitled to withdraw from the contract. In the case of obstacles of a temporary duration, the delivery or service periods shall be extended, or the delivery or service dates shall be postponed by the period of the hindrance plus a reasonable ramp-up period.

10. If dispatch or delivery of the goods is delayed at the Purchaser's request, the Supplier is entitled to charge warehouse fees in the amount of 0.5% of the invoice amount per calendar week, but not more than 5%, beginning one month after notification of readiness for dispatch. Both parties shall reserve the right to prove higher or lower damages.

VI. Warranty

1. If the deliveries or services prove to be defective, the Supplier shall be entitled to remedy the defects at its own discretion by rectifying the defect or providing replacement or respectively by providing defect free services (supplementary performance). The expenses required for the purpose of supplementary performance, in particular transport, labor and material costs, are borne by the Supplier; this, however, does not apply if the costs increase because the item delivered is located in a place other than the place of intended use.
2. The Supplier's right to refuse one or both types of supplementary performance in accordance with the statutory provision remains unaffected. For the purpose of supplementary performance, the Purchaser shall grant the Supplier the time and opportunity reasonably required.
3. The Supplier is entitled to make the supplementary performance owed by the Supplier dependent on the Purchaser paying the due purchase price. However, the Purchaser is entitled to retain a part of the purchase price that is appropriate in relation to the defect.
4. If the Purchaser's notification of defects proves to be unjustified, the Supplier shall be entitled to demand reimbursement from the Purchaser for the expenses incurred.
5. At the Supplier's request, the Purchaser shall return the rejected good – if possible including the original packaging – to the Seller free of charge and/or store the rejected good free of charge for possible inspection by an expert. In the event of a justified notification of defects, the Supplier shall reimburse the costs of the most favorable shipping route and/or the customary storage costs; this shall not apply if the storage and/or delivery costs increase because the delivered good is located at a place other than the place of intended use.
6. If the defect is based on a defect of a third-party product, the Supplier is entitled to assign its warranty claims against its supplier to the Purchaser. In this case, the Purchaser can only assert warranty claims against the Supplier if the judicial enforcement of the aforementioned claims against the supplier or manufacturer of the defective third-party product was unsuccessful or is – for example, due to insolvency – hopeless.
7. The Purchaser shall inform the Supplier without delay if the assigned claims are asserted in court and shall obtain the prior consent of the Supplier for all agreements concerning the assigned claims.
8. The warranty shall not apply if the Purchaser changes the delivered product, or has it altered by third parties without consent of the Supplier and as a result the elimination of the defect becomes impossible or unreasonably more difficult. In any case, the Purchaser shall bear the additional costs of remedying the defect incurred by the change.

VII. Liability for Defects, Statute of Limitations

1. The Supplier shall be liable in accordance with the statutory provisions for any negligent or intentional breach of material contractual obligations by the Supplier, i.e. contractual obligations, the performance of which characterize the contract, which are necessary for its proper performance and which the contracting party may regularly rely on being complied with. For all other breaches of contract, the Supplier shall only be liable if damage has been caused intentionally or through gross negligence by one of its legal representatives, an employee or another vicarious agent.
2. Insofar as the Supplier did not act intentionally, the Supplier shall only be liable for typically occurring foreseeable damage.
3. Liability under the Product Liability Act remains unaffected; this also applies to liability for negligent or intentional injury to life, body or health. When assuming a guarantee, the Supplier shall be liable in accordance with the statutory provisions.
4. Unless otherwise stipulated above, claims for damages against the Supplier for breaches of duty are excluded.
5. Insofar as the liability of the Supplier is excluded and limited, this also applies to the personal liability of the Supplier's legal representatives, employees and other vicarious agents.
6. Claims for damages according to the above Sec. 1 to 3 of this Article VII expire within the statutory periods. The limitation period for claims for defects according to Sec. 438 para 1 German Civil Code (BGB) is – except for intent and subject to Sec. 7 of this Article VII – 12 months and starts from delivery or, if acceptance is required, from acceptance.
7. A claim for damages for breach of the obligation to supplementary performance according to Sec. 437 para. 1, Sec. 439 German Civil Code (BGB) exists only if, during the 12-month limitation period acc. to section 6 of this Article VII both (i) the Purchaser demands supplementary performance, and (ii) the Supplier has violated its supplementary performance obligation.
8. Claims for damages shall only persist under the provisions in Article VII. Further claims for damages of the Purchaser against the Supplier due to a defect are excluded. The special statutory provisions for the delivery of the goods to a consumer shall remain unaffected.

VIII. Intellectual Property Rights

1. Insofar as the Purchaser provides specifications for deliveries and services, the Purchaser shall ensure that the goods, insofar as the Supplier delivers them in accordance with the Purchaser's specifications, do not infringe third-party rights.
2. In all other respects, the following shall apply: If a third party asserts a justified claim against the Purchaser based on an infringement of third-party intellectual property rights by deliveries made by the Supplier and used by the Purchaser in accordance with the contract, the Supplier shall be liable to the Purchaser within the warranty period (Article VII Sec. 6) as follows:
 - a) The Supplier shall, at its own discretion, obtain a right of use for the respective delivery item or modify or replace it in such a way that no third-party rights are infringed anymore, and the delivery item continues to fulfill its contractually agreed functions. However, if this is not possible for the Supplier with reasonable effort, the Purchaser shall be entitled to withdraw from the contract or to demand a reduction of the purchase price in accordance with the statutory provisions.
 - b) The Supplier's obligation to pay compensation for damages shall be subject to the provisions of Article VII.
 - c) The aforementioned obligations of the Supplier shall only apply if and to the extent the Purchaser does not acknowledge a breach to a third party without the prior express consent of the Supplier and the Supplier retains the right to take all defense measures and negotiate a settlement, or in case of a final judgement.
3. Claims of the Purchaser are excluded to the extent he is responsible for the infringement of the third-party intellectual property rights.
4. Claims of the Purchaser shall also be excluded if the infringement of the third-party intellectual property rights was caused
 - a) by an application or use of the respective good not foreseeable for the Supplier or not agreed by the parties or
 - b) by the Purchaser modifying the delivered good or using it together with products that were not delivered by the Supplier, unless the Supplier has agreed in advance.
5. In case of infringements of the third-party intellectual property rights, the provisions of Article VI Sec. 3 to 6 shall apply accordingly to the Purchaser's claims pursuant to Sec. 2 a) of this Article VIII.
6. The Purchaser shall inform the Supplier without undue delay in writing (incl. e-mail, fax) as soon as claims regarding the infringement of third-party rights are asserted against the Purchaser. Sec. 377 German Commercial Code (HGB) remains unaffected.

IX. Export Control

1. The Supplier does not sell its products to countries for which the EU or the USA have issued an embargo. Therefore, if, after the conclusion of the contract, it turns out that the Purchaser resides or is based in a country for which an embargo is issued or intends to make a further delivery to such country, the Supplier is entitled to immediately withdraw from the contract.
2. The Supplier is part of a US group of companies. As such, the Supplier verifies whether and to what extent a transaction with the Purchaser is permissible or subject to approval under US sanctions law (to the extent applicable to the Supplier).
3. The Purchaser acknowledges that the products of the Supplier are partly manufactured in the USA and may be subject to export restrictions of the USA. In the event of a resale, the Purchaser shall ensure that, in addition to European restrictions, these restrictions are also complied with and shall also impose this obligation on its purchaser.

X. Confidentiality

1. The Purchaser is obliged to keep all information that become known in connection with the performance of the contract as confidential, neither to use it for his own or third parties' purposes outside of this contract nor to make it available to third parties. This obligation applies for the duration of this contractual relationship as well as after its termination. The Purchaser shall impose this obligation of confidentiality, including the prohibition of use, on his employees and other representatives and agents. Further confidentiality obligations of any confidentiality agreement or development contract concluded between the parties shall remain unaffected.
2. The obligation to maintain confidentiality and the prohibition of use shall not apply if and to the extent that the information (i) was already known to the Purchaser before disclosure by the Supplier, (ii) is, at the date of conclusion of the contract, generally available or will thereafter be made generally available, (iii) is made available to the Purchaser from a third party lawfully entitled to do so or (iv) is required to be disclosed to any authorities for the purposes of the contract, or to a court, or on the basis of any statutory obligations, provided that, if legally permissible, the Purchaser first gives prompt notice to the Supplier to permit him to oppose such requirement prior to disclosure. Sec. 5 German Law on the Protection of Business Secrets (GeschGehG) remains unaffected.

XI. Data Protection

The Supplier complies with the applicable provisions of the data protection law. Further information is available at <https://www.ecomal.com/en/data-privacy/>.

XII. Severability

1. If any provision of the contract or any provision subsequently added to the contract is or becomes invalid or void in whole or in part, or if the contract contains any omission, the validity of the remaining provisions shall not be affected thereby.
2. The parties shall agree on a valid substitute provision that comes as close as possible in meaning and effectiveness to the original provision.

XIII. Jurisdiction, Applicable Law

1. If the Purchaser is a merchant (Sec. 1 German Commercial Code), a legal person under public law or special assets (*Sondervermögen*) under public law, or has the Purchaser no general venue in Germany, the sole place of jurisdiction for all disputes derived directly or indirectly from the contractual relationship between the parties shall be the registered seat of the Supplier. The Supplier is also entitled to assert its claims at the general place of jurisdiction of the Purchaser.
2. These General Terms and Conditions for Deliveries and contractual relations between the Supplier and the Purchaser shall be subject to the laws of Germany without regard to its conflict of laws rules. The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) does not apply.

May 2021